

Zeitung für Pirmasens und die Südwestpfalz



Messe versprüht Frühling

Pirmasens: 80 Aussteller bis Sonntag auf der Diga. Seite 17

Parkplatz-Problem eskaliert

Dahn: Hotelier greift Verbandsgemeinde und Stadt an. Seite 22

Start am 28. Februar

Landkreis: CAP-Mobil kommt in 22 Ortsgemeinden. Seite 20



Lange Lieferzeiten beim Autokauf

Wirtschaft, Seite 6

TS Rodalben muss früh aufstehen

Handball, Seite 10

Letzte Tests für FKP und Hauenstein

Fußball, Seite 11

TTC Nüschweilers Kontrastprogramm

Tischtennis, Seite 12

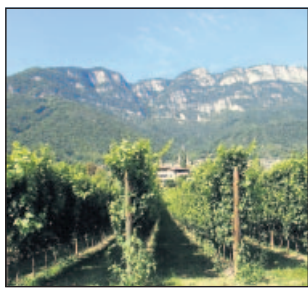
Erstes Todesopfer in Australien

Aus aller Welt, Seite 16

Ein nasses Moor ist gesund

Für Kinder, Seite 32

DAS PZ-THEMA Lebensart

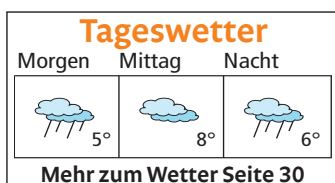


Seite 33

LETZTE MELDUNG

Ehrenplakette für Anke Förster

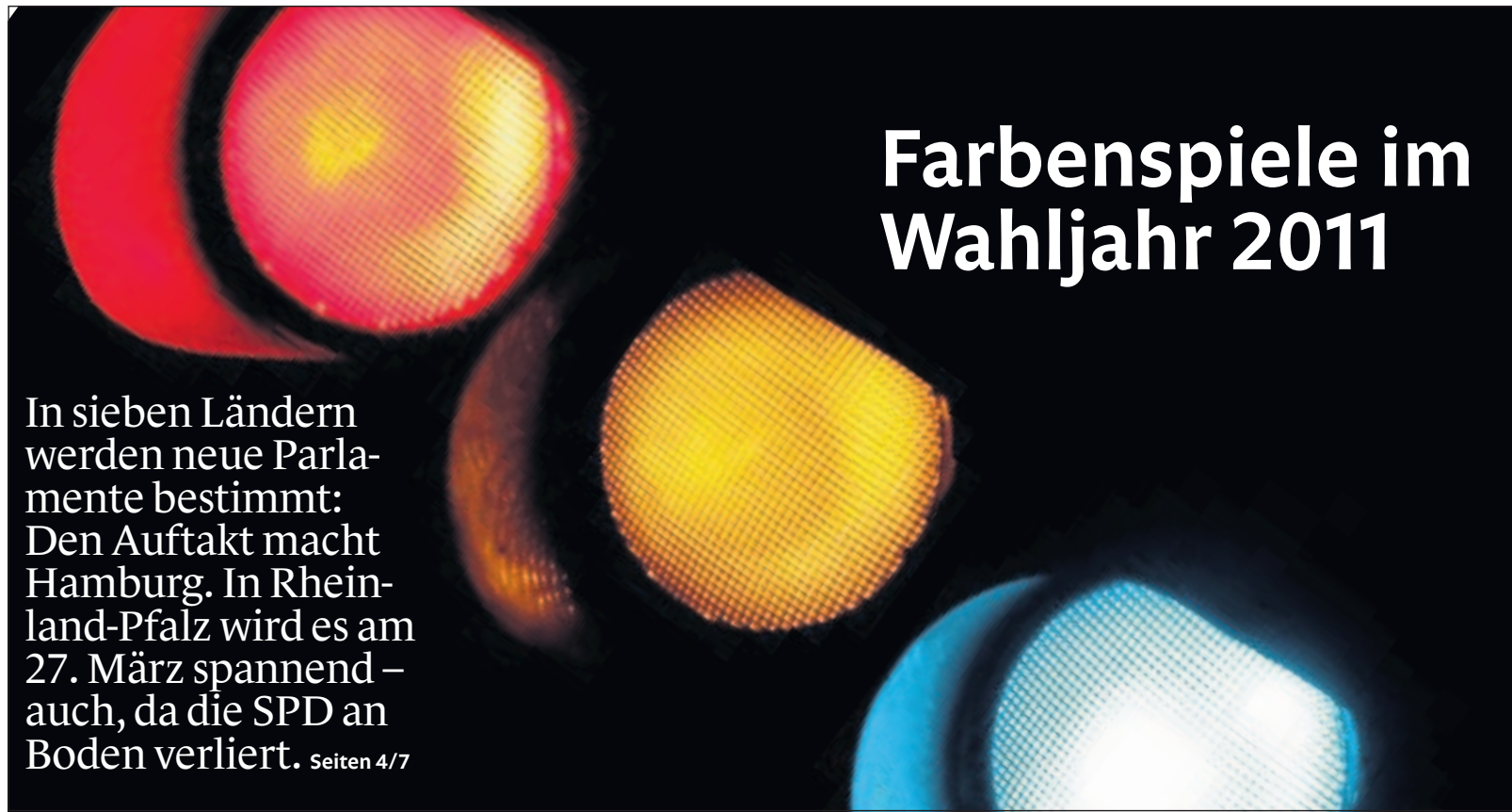
LUDWIGSWINKEL. Landrat Hans Jörg Duppré hat am gestrigen Freitag die aus dem Amt geschiedene Aufsichtsratsvorsitzende der Daniel Theysohn-Stiftung, Anke Förster, mit der Ehrenplakette des Landkreises in Silber ausgezeichnet. Die Ehrung wurde ihr in Anerkennung ihrer jahrzehntelangen Verdienste bei der Führung der Stiftung zum Wohle junger Menschen und der Gemeinden im Landkreis zugesprochen. (Ih) Bericht folgt.



So erreichen Sie uns in der Redaktion

Pirmasenser Zeitung
Schachenstraße 1
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/8005-0
Fax: 06331/8005-81
E-Mail: redaktion@pirmasenser-zeitung.de



Farbenspiele im Wahljahr 2011

In sieben Ländern werden neue Parlamente bestimmt: Den Auftakt macht Hamburg. In Rheinland-Pfalz wird es am 27. März spannend – auch, da die SPD an Boden verliert. Seiten 4/7

USA verhandeln fieberhaft über neue Regierung in Ägypten

Armee in Kairo hält Protestler in Schach – Touristen treffen in Zweibrücken ein

■ **KAIRO/WASHINGTON/ZWEIBRÜCKEN.** Wende in Ägypten: Unter dem Druck der Straße und der internationalen Staatengemeinschaft sinkt das alte Regime langsam in die Knie. Zu Hunderttausenden forderten die Menschen gestern ein Ende der Ära Mubarak.

Die USA dringen inzwischen mit aller Macht auf einen Wandel, EU und UN verschärfen den Ton. Ein neuer ägyptischer „Rat der Weisen“ mit unabhängigen Persönlichkeiten forderte Staatspräsident Husni Mubarak auf, die Verantwortung für die nun beginnende Übergangszeit seinem Vize Omar Suleiman zu übertragen.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Mussa, traf sich gestern erstmals mit dem „Rat der Weisen“. Ihm gehören der christliche Milliardär Naguib Sawiris, der stell-

vertretende Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission, Ahmed Kamal Aboul Magd, sowie der Publizist Salama Ahmed Salama an. In einer Erklärung fordert der Rat, die Armee solle die Sicherheit im Land garantieren. Mussa sei bereit, zwischen den jugendlichen Demonstranten und der Regierung zu vermitteln, hieß es. Mussa ist sehr populär und wird als möglicher Nachfolger von Mubarak gehandelt.

Am Tag elf der Proteste lief das Rücktritts-Ultimatum der Opposition an Mubarak aus – die Demonstranten sprachen daher vom „Tag des Abgangs“. Nach den Freitagsgebeten strömten sie in Massen zum Tahrir-Platz im Zentrum Kairo. Augenzeugen berichteten, rund 1 000 Soldaten hätten bereits am Vormittag in der Innenstadt Kairo Stellung bezogen. Die Armee rollte Stacheldraht an den Zugängen zum Platz aus, um Aus-

weiskontrollen sicherzustellen. Arabische Fernsehsender meldeten nur vereinzelt Zusammenstöße in den Städten.

Die EU-Staats- und Regierungschefs fordern einen sofortigen Wandel in Ägypten.

Auch der ägyptische Verteidigungsminister Mohammed Hussein Tantawi und mehrere Generäle sowie Mussa kamen auf den Tahrir-Platz. Mehrere Funktionäre des alten Regimes sollen angeblich demnächst wegen Korruption vor Gericht gestellt werden.

Die Amerikaner verhandeln bereits hinter dem Rücken Mubaraks über eine Übergangsregierung mit Vizepräsident Suleiman an der Spit-

ze, wie die „New York Times“ berichtet. In der US-Regierung hieß es, es würden mehrere Varianten für einen Machtwechsel mit den Ägyptern diskutiert. Die Interimslösung solle die Unterstützung des Militärs haben, auch die Muslimbruderschaft soll beteiligt werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs forderten einen sofortigen Wandel in dem krisengeschüttelten Land. Dieser Übergang müsse zu einer Regierung führen, die auf einer breiten Basis stehe, verlangten die EU-„Chefs“ in Brüssel.

Unterdessen landete gestern auf dem Flughafen Zweibrücken eine Maschine aus dem Touristenort Hurghada mit 160 Passagieren. Von Tumulten oder Gewalt haben sie nach eigenen Berichten nichts gemerkt. Von den Massenprotesten hätten sie aus den Medien erfahren, die problemlos zugänglich gewesen wären. (dpa/PZ) **Seiten 2/20**

Billiges Geld nur für die Banken

Kreditinstitute kassieren Kunden bei Dispozinsen ab – Regierung will aber nichts dagegen tun

Von PZ-Korrespondent Hagen Strauß

■ **BERLIN.** Verbraucherschützer sind schon länger empört, und auch die Opposition im Bundestag hat die Banken ins Visier genommen. Wenn Kunden ihre Konten überziehen, kassieren viele Geldinstitute mit einem zweistelligen Zinssatz kräftig ab. Trotz der anhaltenden Proteste dagegen sieht die Bundesregierung keinerlei Veranlassung einzugreifen.

Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage der SPD hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Für die Banken und Sparkassen bleibt das Geld billig, die Europäische Zentralbank (EZB) hat am Donnerstag den Leitzins für den Euro-Raum unverändert auf dem Rekordtief von einem Prozent belassen. Für die Kunden ist hingegen der Dispozins ein Horror – 12, 14 oder 17 Pro-



Das Konto zu überziehen, kann teuer werden. (Foto: dpa)

zent sind keine Seltenheit, wenn jemand seinen Kreditrahmen ausschöpft. Bekannt ist das Problem seit dem Herbst, als die Grünen und die Stiftung Warentest zahlreiche Kreditinstitute unter die Lupe nahmen und zu dem Schluss kamen, dass die Banken die Zinsen eigentlich deutlich

senken könnten. Aber sie tun es nicht, weil sich mit dem Dispo gutes Geld verdienen lässt.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) kündigte damals eine Studie zur Marktlage an, die nun Anfang 2011 ausgeschrieben werden soll. Dass aber auch nach der Erhe-

bung die Bundesregierung wohl keinen Grund zum Handeln sehen wird, zeigt die Antwort auf die Anfrage des SPD-Finanzexperten Carsten Sieling. Eine gesetzliche Zinsobergrenze sei „nicht beabsichtigt“, heißt es darin. „Zinsvereinbarungen können von den Parteien grundsätzlich frei getroffen werden.“ Ebenso hält die schwarz-gelbe Koalition mehr Transparenz beim Dispo für nicht erforderlich. „Nach Einschätzung der Bundesregierung sind die vergleichsweise hohen Zinssätze den Verbrauchern auch ausreichend bekannt“, ist zu lesen. Zudem sei ein Eingreifen des Bundeskartellamts unnötig.

Die Banken bekommen ihr Geld also von der Zentralbank fast umsonst, ihre Kunden dürfen aber tief in die Tasche greifen. Auffällig sei, kritisiert Sieling, dass sich die Zinsen sehr stark unterscheiden würden. Es gehe offensichtlich nur ums Geldverdienen. Fazit: Dem Kunden hilft nur, die Dispozinsen zu vergleichen.

EU für abgestimmte Politik

■ **BRÜSSEL.** Die EU folgt dem deutsch-französischen Vorschlag für eine abgestimmte Wirtschaftspolitik der Euro-Länder.

Der Plan für eine Wirtschaftsregierung werde in das Gesamtpaket für eine Reform der Euro-Zone aufgenommen, teilte EU-Gipfelchef Herman Van Rompuy gestern mit: „Die verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik addiert sich zu dem Finanzpaket“, erklärte er.

Der ständige EU-Ratspräsident hat den Auftrag, einen Reformvorschlag für die Währungsunion auszuarbeiten. Ziel sei eine bessere Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Raums, sagte Van Rompuy bei dem Sondertreffen. Berlin und Paris hatten auf dem Gipfel Pläne präsentiert, wonach die Euro-Staaten sich künftig gemeinsamen Zielen bei Löhnen, Renten und Steuern unterwerfen sollen. (dpa) **Seite 6**

Elbphilharmonie wird noch teurer

■ **HAMBURG.** Die Elbphilharmonie kostet die Hamburger offenbar noch mehr als befürchtet: Dem Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zufolge soll der Bau statt rund 323,3 mindestens 351,3 Millionen Euro kosten. Und auch den Steuerzahler könnte der Prestigegebäude noch teurer zu stehen kommen, da die Ausgaben für das geplante Fünf-Sterne-Hotel noch nicht berücksichtigt sein sollen. (dpa)

Kein Burka-Verbot im Land geplant

■ **MAINZ.** Rheinland-Pfalz plant im Gegensatz zu Hessen kein Verbot von islamischen Ganzkörperschleiern („Burka“) im öffentlichen Dienst. „Das ist für uns derzeit kein Thema“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums gestern in Mainz. Hessen hatte am Mittwoch als erstes Bundesland ein offizielles Burka-Verbot in Ämtern und Behörden erlassen. Damit hatte das Land auf den Fall einer 39-Jährigen mit marokkanischen Wurzeln reagiert, die mit Burka im städtischen Bürgeramt Frankfurt arbeiten wollen. (Irs)

FCK ohne Amedick in Hoffenheim

■ **KAISERSLAUTERN.** Der 1. FC Kaiserslautern tritt am 21. Spieltag der Fußball-Bundesliga heute bei 1899 Hoffenheim an. Fehlen wird dabei erstmals in dieser Saison FCK-Kapitän Martin Amedick, der wegen eines Muskelfaserrisses in der Wade passen muss. Für ihn kommt Mathias Abel zum Einsatz. Der tschechische Neuzugang Adam Hloušek wird wohl sein Debüt im FCK-Trikot geben. (mw) **Seite 9**

